

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionschrift: Nachrichten Dresden
Herausgeber: Sammelnummer: 25241
Kurs für Nachgelassene: Nr. 20011
Schuldrückung u. Dampfheizungsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. Juni 1929 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,70 M.
Postbezugspreis für Monat Juni 3,40 M., einjähr. 36 M., Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr).
Einzelnnummer 10 Pf. Außerhalb Dresdens 15 Pf. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach
Goldmark berechnet: vor einpöhlige 30 mm breite Zeile 35 Pf., für auswärts 40 Pf., Familien-
anzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile
200 Pf., außerhalb 250 Pf., Offertengelder 30 Pf., Auswärtige Zusträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Siepke & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden
Vertrieb nur mit druck. Cautionsangabe
(Kredit, Nachr.) zulässig. Inserenten
Zustellgebühr werden nicht aufbehalten

Das Rheinland lehnt die Kontrolle ab

Kein untragbares Opfer für die Räumung Die „Versöhnungskommission“ bedeutet nur Berewigung des Unfriedens

Abn. 13. Juni. Fünf große politische Parteien des Rheinlandes, und zwar die Zentrumspartei, die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Demokratische Partei und die Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) lehnten zur Rheinlandräumung folgende Entschliessung:

„Die nach Abschluß der Reparationskonferenz in den Vordergrund des öffentlichen Interesses tretende Frage der Rheinlandräumung veranlaßt die unterzeichneten politischen Parteien des Rheinlandes erneut, dem

einmütigen Willen der rheinischen Bevölkerung

feierlichen Ausdruck zu verleihen. Das Recht Deutschlands auf sofortige Räumung des gesamten besetzten Gebietes kann ernsthaft nicht bestritten werden. Auch nach vollzogener Räumung bedürfen die einseitigen Entmilitarisierungsbestrebungen des Friedensbittlers eine untragbare Belastung des Rheinlandes. Widerrechtlich ist Frankreichs hartnäckiger Versuch, die Einsetzung einer künftigen Festsetzungs- und Vergleichskommission im Rheinland gegen die Räumung einzuhalten. Die Einsetzung einer solchen Kommission würde den

Abzug der Befehung wirkungslos

machen. Sie würde eine weitere Einschränkung der deutschen Souveränität und eine neue dauernde Entrechtung des rheinischen Gebietes bedeuten. Auch die wirtschaftliche Freiheit und damit die wirtschaftliche Kraft der Rheinländer würden hierdurch auf das schwerste betroffen. Eine solche Kommission entspricht, wenn auch sie den Namen „Versöhnungskommission“ trägt, nicht dem Streben nach Frieden, in dem sich alle vernünftigen Menschen einig sind,

sondern sie bedeutet die Berewigung des Unfriedens.

Mit einem solchen untragbaren Opfer will die rheinische Bevölkerung die Räumung niemals erkauft wissen. Sie lehnt eine solche Kontrollkommission einmütig und einschränkungslös ab.

Hierin ist sie sich einig mit dem ganzen deutschen Volke. Die Reichsregierung wird bei der Ablehnung dieser neuen Bindung über alle Parteigrenzen hinaus stärksten Rückhalt in der gesamten Bevölkerung finden.“

Die Entschliessung ist von den obengenannten Parteien des Rheinlandes unterzeichnet.

Auch Belgien besetzt die dritte Zone

Brüssel, 13. Juni. In Ergänzung der bisherigen Nachrichten über Belgiens Vorbereitungen zur Rheinlandräumung erfährt der Vertreter der T. L., daß die französische Regierung bei der belgischen Regierung gebrungen hat, daß Belgien sich verpflichtet, gegebenenfalls mit Frankreich bei der Besetzung der dritten Zone zusammenzuarbeiten. Belgien hat diesen Vorschlag angenommen und verfügt, daß das 1. Reiterregiment nach der Räumung der zweiten Zone nach Trier geht.

Lloyd George verlangt sofortige Räumung

London, 13. Juni. In einer Ansprache bei einem Frühstück der Liberalen Partei forderte Lloyd George die Regierung auf, unverzüglich die britischen Truppen aus dem Rheinland zurückzuziehen und von den anderen Mächten zu verlangen, ihrem Beispiel zu folgen.

In Madrid nichts für das Saargebiet erreicht

Ein Appell an Dr. Stresemann

Saarbrücken, 13. Juni. Das Hauptblatt der Saarländer Zentrumspartei, die „Saarbrücker Landeszeitung“, schreibt, die ziemlich deutliche Anspielung seitens Frankreichs, die Saarfrage dürfe nicht mit der Rheinlandräumung verknüpft werden, beweist zur Genüge, daß alle Bemühungen Stresemanns, auch das Saargebiet mit ins Reich der Verhandlung einzubeziehen, vergebens sein würden. Trotzdem erwarten wir Saarländer vom Reichsaußenminister, daß nichts unerlaubt gelassen wird, die Saarfrage vorwärts zu bringen. Wir wollen nicht verkennen, daß erst zu nehmende französische Verhandlungen in Frage kämen, und einige Franzosen aus diesem Grunde bereits im Saargebiet weilten, um Fühlung zu nehmen. Außerdem stehen zu starke wirtschaftspolitische Bedenken im Vordergrund. Das Saargebiet ist für die Franzosen nicht nur ein gutes Ausbeutungsobjekt, sondern ein ertragsreiches Absatzgebiet. Trotz allem muß einmal der Anfang gemacht werden. Inwieweit und ob überhaupt die drei Mitglieder der Regierungskommission, Wilson, Cranroth und Morice, die zur Zeit in Madrid politisch verhandeln, zur Saarfrage Stellung genommen haben, läßt sich schwer beurteilen. Was die Saarangelegenheit betrifft, haben sie nichts fertig gebracht. Vielleicht hatten sie auch gar kein Interesse daran, in unserem Sinne tätig zu sein. Zur Gesamtlösung der Saarfrage werden sie wohl ebensowenig beigetragen haben. Madrid scheint uns Saarländern überhaupt nichts gebracht zu haben.

Rededuell um die Minderheiten

Stresemann sucht Briands Worte „auszulegen“

Madrid, 13. Juni. Nach der bereits gemeldeten Rede des Reichsaußenministers Dr. Stresemann ergriff der Vertreter Rumaniens, Außenminister Titulescu, das Wort, um im Namen seiner Regierung dem Bericht vorbehaltlich der Erklärungen, die er im Ratkomitee abgegeben habe, seine Zustimmung zu erteilen. Er betonte, daß die beschlossene Verbesserung des Verfahrens die früheren Beschlüsse des Völkerbundsrates unangetastet lasse. In dem gleichen Sinne äußerte sich Jaleff, der ebenfalls darauf hinwies, daß das letzte Verfahren unzulässig mit den bisherigen Grundrissen und dem Gewohnheitsrecht bei der Behandlung von Minderheitenfragen verbunden sei.

Der französische Außenminister Briand

beglückwünschte den Völkerbund zur Lösung einer Frage, die vielleicht die heikelste sei, die ihm vorgelegen habe. Er wiederholte seine Erklärungen vom März über die Heiligkeit der Minderheitenrechte, denen aber der Grundsatz der Souveränität der Staaten als Grundlage des gesamten Völkerbundes gegenüberstehe.

Er sprach die Versicherung aus, daß die Minderheitenfrage, wie in der Vergangenheit, auch künftig im Dienste politischer Interessen (1) als Operationsfeld zur Schaffung und Ausbeutung von Unbehagen und Unzufriedenheit benutzt werden könnte, woraus sich eine Erschütterung des Völkerbundes (?) ergeben würde.

Die Vorbehalte der einzelnen Ratmitglieder seien in den Sitzungsprotokollen niedergelegt. Niemand verlange auch vom deutschen Ratmitglied die Preisgabe seiner Überzeugungen.

Dr. Stresemann

stimmt in einer kurzen Erwiderung Briand darin zu, daß es sich bei der Minderheitenfrage um eine sehr heikle Angelegenheit handele. Er erinnerte ferner daran, daß Chamberlain im März d. J. ausdrücklich von der sogenannten Assimilationstheorie abgerückt sei und erklärt habe, daß seine früheren Äußerungen mißverstanden worden seien und er niemals gesagt habe, daß die Minderheiten kulturell in der Mehrheit aufgehen sollten.

Er hoffe die Worte Briands dahin verstanden zu haben, daß unbeschadet der selbstverständlichen Loyalität der Minderheiten gegenüber ihrem Staat ihre sprachliche, kulturelle, religiöse und ethnische Eigenart gewahrt werde.

Der Vorsitzende stellte fest, daß Einmütigkeit über den Bericht erzielt sei, dessen Vorschläge sofort in Kraft treten und bereits heute nachmittag bei den Arbeiten des Dreierkomitees zur Anwendung kommen werden.

Graham und Wilton bei Stresemann

Madrid, 13. Juni. Dr. Stresemann empfing am Donnerstagnachmittag den englischen Botschafter Sir George Graham, der gegenwärtig England im Völkerbundsrat vertritt, zu einer längeren Unterredung im Parkhotel. Man dürfte in der Annahme nicht fehlgehen, daß im Laufe dieser Unterredung der jetzt weiter einzuschlagende Weg für die Verhandlungen der Locarno-Mächte über die endgültige Regelung der Tributfrage, der Rheinlandräumung und der Kontrollfrage angedeutet worden ist. — Dr. Stresemann empfing sodann den Präsidenten der Saarregierung, Wilton.

Am Abend gab der König von Spanien ein Essen für die Mitglieder des Völkerbundsrates, zu dem auch eine größere Anzahl spanischer Granden geladen war. In der Nacht findet ein Empfang bei dem deutschen Botschafter Grafen Welczek statt.

Poincarés Rache an Straßburg

Verweigerung einer Theaterbeihilfe

Paris, 13. Juni. Einer Straßburger Meldung zufolge hatte sich der neue Bürgermeister Duber an Poincaré um eine Unterstützung für das Stadttheater gewandt. Der Ministerpräsident antwortete, es handele sich um eine lener Beihilfe, die die Regierung nicht gewöhnen sei, zu gewähren, sondern die sie außerhalb jeder politischen Erwägung den nationalen Stadtverwaltungen vorbehalten müsse. Poincaré erinnerte daran, daß der kommunistische Bürgermeister mit der Zustimmung der Autonomen aufgestellt worden sei und nunmehr beweisen solle, daß er die Regierung und Frankreich nicht brauche.

Lloyd Georges Wiederwahl zum Parteiführer. In der gestrigen Versammlung der Liberalen Partei wurde Lloyd George einstimmig zum Parteiführer wiedergewählt.

Die Hofnarren Moskaus

Es war natürlich für die Sozialdemokraten eine Bitternis und für die Kommunisten eine Freude, zu sehen, wie in Magdeburg auf dem Parteitag der härtesten Regierungspartei sich die Rechten und die Linken über Regierungsbeteiligung, über Panzerkreuzer, über den von der Weimarer Verfassung verbotenen Klassenkampf und darüber stritten, ob der Proletarier in dem vom Genossen-Reichsfanzler regierten Deutschland so etwas wie ein Vaterland erbilden dürfe oder nicht. Gegenläufige notdürftig zu überkleistern haben die Kommunisten ja nicht nötig. Denn nach dem Vorbild ihres Obermeisters Stalin in Moskau wirkt man alles, was nicht die vorchriftsmäßige Gesinnung hat, so rechtzeitig heraus, daß der Partei kein Schaden geschieht. Kein Wunder, daß der jetzt stattfindende Parteitag der Section Deutschland der 3. Internationale ein Muster an Einigkeit und Harmonie ist. Man überschlägt sich förmlich in Anhänglichkeitsbeweisen für die „Ideen“ des Parteipapstes Stalin und dokumentiert dies nach kommunistischer Manier durch den — großen Mund. Es ist eine wahre Refordsucht. Wer hat den größeren? Wer kann am längsten in roter Gesinnungslüchtigkeit reden? Wer ist fähig, selbst in stundenlangen Dauerreden einen Motorlautsprecher zu überbönen? Wer einmal bei einer Reichstagsführung anwesend war, wird verstehen, warum die Kommunisten auf eine kräftige Entwicklung ihrer Sprechwerkzeuge so großen Wert legen. Gesinnung tut's ja allein nicht, man muß sie auch mit der nötigen Stärke in die Welt hinausschreien. Im Reichstag praktiziert man das selbst bei den merkwürdigsten Gelegenheiten. Wie eine Horde wildgewordener Indianer lobt und schreit die äußerste Linke, wenn ihr etwas über die Dultschnur geht. Und ihr geht bekanntlich sehr oft etwas über die Dultschnur. Wahrhaftig, man könnte meinen, die Jünger Moskaus erwarten das Heil der Welt vom Värm. Der Reichstag hat dagegen ein gutes Mittel. Er flüchtet bei Beginn einer kommunistischen Schimpfkanonade und überläßt es dem Redner Moskaus, vor absolut leeren Bänken innerhalb der vorgeschriebenen Redezeit sich auf seine Art zu amüsieren. Schade, daß die Geschäftsordnung dem entgegensteht, die roten Sendboten würden sonst im Reichstage mühelos jeden Reford im Dauerreden brechen.

Diesen Reford aufzustellen, gibt dafür der Parteitag die ersehnte Gelegenheit. Auf der gegenwärtigen Tagung hat ihn der Parteihauptling Thälmann mühelos gegen jede Konkurrenz halten können. Mit nicht weniger als sechs Stunden Meisterboxer und Transportarbeiter Thälmann, durchgefällener Reichspräsidentkandidat, das getreue Echo Moskaus, von dem die Sozialdemokraten böshafterweise behaupten, er hätte wegen mangelhafter Intelligenz die Volksschule bereits nach fünf Jahren verlassen müssen, hat ein leuchtendes Vorbild, dem nachzustreben kein größter Ehrgeiz ist. Es ist Stalin, des Sowjetstaates allgewaltiger Diktator, als dessen Statthalter in Deutschland sich Thälmann unbefristet fühlen darf. Stalin pflegt auf den Parteitagen der Volksgewissten in Moskau den Jahresbericht in mehrstündiger Rede zu erteilen. Thälmann, den der Ruhm seines Meisters nicht schlafen läßt, hat zur Bewältigung dieser weltgeschichtlichen Aufgabe nicht weniger als sechs Stunden gebraucht. Allerdings, die Sache war für die armen Zuhörer nicht ganz so grausam, wie es aussieht. Echte Menschlichkeit findet sich auch bei den Kommunisten. Thälmann weiß, daß auch die Widerstandskraft der echten Jünger totgeredet werden kann. Man hat daher vorfristig zwei Unterbrechungen eingeschaltet. Ein kräftiges Frühstück und ein noch kräftigeres Mittagbrot verhinderten schwere Gesundheitschädigungen durch den sechsständigen Redestrom. Ist das nicht vorbildlich für ähnliche Veranstaltungen in der Zukunft?

Thälmann begann damit, die internationale Lage nach allen Seiten gründlich zu beleuchten. Hieraus erfolgte die erste Stärkung. Nachdem man so für des Leibes Nahrung gesorgt hatte, kam die große Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie, an der man kein gutes Haar ließ. Anschließend wurde über die eigenen Leute der Bannstrahl geschleudert, die, parlamentarisch angetrunkelt, gelegentliche Führer zu den sozialdemokratischen Nachbarn ausgetrocknet hatten. Nach dieser Leistung war es höchste Zeit für das Mittagessen. Mit neuer Energie gespeist, holte Thälmann zum interessantesten Teil seiner Darlegungen aus. Der Mal-auffand und die Zukunftspolitik der Kommunisten wurden in bekannter Manier behandelt. Der rote Seher prophezeigte große Wirtschaftskämpfe, die, zur politischen Aktion gesteigert, mit der Eroberung der politischen Macht ihren Abschluß finden müßten. Das allerdings ist ein Interesse unter Abschluß Thälmannscher Beredsamkeit. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die dem deutschen Volke durch die Tributlasten zweifellos in wachsendem Ausmaße erziehen werden, will der Kommunismus für neuen Aufruhr und für weitere Unruhen ausnützen. Die Mainruhen haben noch nicht genügend Opfer gefunden.

Werden wir dieser Revolutionspropaganda auf die Dauer genügend Widerstand leisten können? Die Sozialdemokratie ist in sich selbst zu sehr zerfallen, um auf die Dauer dem